

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

### Haltung der Landesregierung zur Vorratsdatenspeicherung

Die **Kleine Anfrage 201** vom 18. August 2011 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Aussage des früheren rheinland-pfälzischen Innenministers Karl Peter Bruch vom 26. April 2011 zur Vorratsdatenspeicherung: „Wir müssen das haben, um wirklich alle Möglichkeiten der Gefahrenabwehr auszuschöpfen.“?
2. Teilt die Landesregierung die Aussage des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann vom 8. August 2011 zur Vorratsdatenspeicherung: „Straftäter entkommen, weil wir keine wirksame Vorratsdatenspeicherung haben.“?
3. Teilt die Landesregierung die vom Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Hendrik Hering in seiner Pressemeldung vom 26. Juli 2011 geäußerte Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 6. September 2011 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

In Umsetzung der EU-Richtlinie 2006/24/EG vom 15. März 2006 hatte der Bundesgesetzgeber die sogenannte „Vorratsdatenspeicherung“ eingeführt. Dies betrifft ausschließlich die Speicherung von Verkehrsdaten, nicht die Inhalte der Kommunikation.

Das BVerfG hat am 2. März 2010 die Regelungen der „Vorratsdatenspeicherung“ für verfassungswidrig erklärt und die Löschung bereits erhobener Vorratsdaten angeordnet, ohne allerdings eine vorsorgliche anlassunabhängige Speicherung von Verkehrsdaten grundsätzlich für verfassungswidrig zu erklären. Das lässt Raum für eine bundesgesetzliche Neuregelung, die seit der Entscheidung des obersten Gerichts aussteht.

Das Bundesverfassungsgericht hat hohe Anforderungen an die Speicherung dieser Daten und den Zugriff auf die Daten gestellt, die bei der Gesetzgebung zwingend zu berücksichtigen sind. Die Landesregierung nimmt die rechtspolitischen Bedenken gegen die Speicherung von Kommunikationsverbindungsdaten aller Bürgerinnen und Bürger sehr ernst.

Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger sind mit dem Ziel, den Sicherheitsbehörden die für die Aufklärung von schwersten Straftaten und Verhinderung erheblicher Gefahren erforderlichen Eingriffsbefugnisse an die Hand zu geben, in Einklang zu bringen.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Da die Bundesregierung ihrer Verpflichtung zur gesetzlichen Umsetzung der EU-Richtlinie 2006/24/EG nicht nachkommt, fehlt jede Grundlage für eine Bewertung.

b. w.

Die Landesregierung wird Sorge dafür tragen, dass die Sicherheitsbelange des Staates und seiner Bürgerinnen und Bürger und die Grundrechte der Bevölkerung in Ausgleich gebracht werden.

Zu Frage 3:

Der Pressemeldung des Vorsitzenden der SPD-Fraktion ist zu entnehmen, dass Herr Abgeordneter Hendrik Hering konkret bezogen auf die schrecklichen Taten in Norwegen eine Vorratsdatenspeicherung für nicht geeignet gehalten hat, diese konkrete Tat zu verhindern. Diese Auffassung teilt die Landesregierung. Auch nach dem derzeitigen Kenntnisstand lagen den Sicherheitsbehörden im Vorfeld der Tat zur Person des Täters keinerlei Kenntnisse vor, die es gerechtfertigt hätten, in dessen Kommunikationsverbindungsdaten Einblick zu nehmen und daraus Rückschlüsse auf eine beabsichtigte Straftat zu ziehen.

Roger Lewentz  
Staatsminister